

August 2017

Editorial

Das Thema Pflege rückt stärker in den Mittelpunkt der Politik, auch bei der FDP. Dringenden Anliegen der Liberalen Senioren ist es, dass nicht nur Bekanntes wiederholt und Notwendiges verschoben wird.

Eine große Hilfe sind die Ausführungen des Abgeordneten Jürgen Keck (Seite 5), der aus der Erfahrung eines Pflegepraktikums argumentiert. Viele sollten sich melden, die selbst betroffen und auf Pflege angewiesen sind, ebenso die begleitenden Angehörigen und Freunde.

Aktuell werden 2/3 der Pflege im häuslichen Bereich in Baden-Württemberg von Frauen erbracht, bei einer Zahl von mehr als 500000 zu pflegenden Angehörigen. In der professionellen Pflege und im ambulanten Pflegebereich sind es sogar mehr als 85%. Irgendwie wissen das alle und freuen sich, dass die immense Pflegeleistung immer noch ziemlich gut funktioniert. Aber ist es nicht Zeit, dass Gesellschaft und Politik diese "Rolle der Frau" umfassend ernst nehmen? Gesellschaftlicher Status, Ausbildung, Bezahlung, Stärkung der Lobby – eine liberale Verpflichtung auch für uns, die Liberalen Senioren.

Dr. Kurt Sütterlin
Ehrenvorsitzender

Liberalen Senioren Baden-Württemberg LSI AKTUELL

Informationen der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg e.V.

Liberaler Landesseniorentag 2017

Zum nunmehr neunten Mal führte die FDP-Landtagsfraktion in Zusammenarbeit mit der Liberalen Senioren Initiative (LSI) den Liberalen Seniorentag durch, zu dem ausgewiesene Experten eingeladen sind.

Unter dem Titel „**Aktive Teilhabe als Prävention – Mobilität: Soziale Dimensionen und physische Aspekte**“ wurden am 15. Juli 2017 wesentliche Fragen diskutiert, die für die Lebenssituation älterer Menschen entscheidend sind.

„Prävention wird ein immer wichtiger werdender Faktor im Leben älterer Menschen. Aktive Teilhabe ist dafür unerlässlich, denn sie eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren“, erklärte **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, Vorsitzender der FDP/DVP Fraktion, bei der Begrüßung von über 240 Zuhörern.

„Wer sich einbringt und sozial interagiert, hat gute Chancen, länger fit und leistungsfähig zu bleiben. Umso entscheidender ist die Aktivierung aus eigener Motivation. Die Politik ist gefordert, hier die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Dazu zählt auch, für ältere Menschen passende Mobilitätskonzepte zu entwickeln, die es ihnen erlauben, bequem und sicher ihre Reiseziele zu errei-

chen“, so Rülke im voll besetzten Plenarsaal des Landtags.

Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Jürgen Keck**, betonte: „Moderne Sozialpolitik muss die Potenziale von Menschen freisetzen und Chancen erschließen. So bringt insbesondere persönliches Engagement für alle Beteiligten großen Nutzen. Für die anderen, welchen konkret eine Leistung zuteil wird, für sich selbst, weil man positive Rückmeldungen erhält und vital bleibt, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes, die sozialer und lebenswerter wird.“

In seinem Grußwort ging der Vorsitzende der Liberalen Senioreninitiative Baden-Württemberg, **Dr. Wolfgang Allehoff**, auf die immer wichtiger werdende Rolle des bürgerschaftlichen Engagements ein und machte dies an konkreten Beispielen deutlich. Allehoff betonte darüber hinaus, dass die Mehrheit der Menschen so lange wie möglich im vertrauten Umfeld leben will. Umbauten mit dem Ziel der Barrierefreiheit seien ein zentraler Baustein, um Mobilität als Voraussetzung der Teilhabe zu ermöglichen.

Professor Dr. Dr. Andreas Kruse ging in seinem Vortrag „Mobilität ist Leben – Ein Konzept für die Ge-

sellschaft des langen Lebens“ anhand der Physiologie auf die Relevanz der Mobilität in körperlicher und geistig/seelischer Hinsicht ein.

Kontrollierte physische Aktivitäten hätten unbestreitbare positive Wirkungen auf Nervenzellen und die DANN. Dadurch verbessern sich die Erfolge kognitiver Trainings. Es gehe um ein neues Wahrnehmen und den Offenheitsbegriff (auch sich selbst gegenüber) als Grundlage guten Lebens. Mobilität müsse ins Zentrum gestellt und umfassend gesehen werden. Nämlich in körperlicher, kognitiver und emotionaler Hinsicht. Diese sei entscheidend für die Perspektivität.

Professor Dipl.-Ing. Karl E. Noreikat arbeitete in seinem Vortrag „Physische Mobilität als Bedarf und als Grundbedürfnis“ die Entwicklung der Mobilität sowie Konzepte der Zukunft heraus. Dabei ging er auf die Rolle der Vernetzung der Verkehrsträger sowie alternative Antriebe ein. Statt mit Verboten zu agieren, sollte die Attraktivität der einzelnen Verkehrsträger erhöht werden. Barrierefreiheit sei dafür eine unverzichtbare Voraussetzung.

[MF]
(siehe separaten Bericht)

Zitate

Wir werden niemals Frieden in der Welt haben, bevor die Menschen überall anerkennen, dass Mittel und Zweck nicht voneinander zu trennen sind;

denn die Mittel verkörpern das Ideal im Werden, das Ziel im Entstehen, und schließlich kann man gute Zwecke nicht durch böse Mittel erreichen, weil die Mittel den Samen und der Zweck den Baum darstellen.

*Dr. Martin Luther King,
Bürgerrechtler,
1929 - 1968*

Wenn du im Recht bist, kannst du dir leisten, die Ruhe zu bewahren,

und wenn du im Unrecht bist, kannst du dir nicht leisten, sie zu verlieren.

*Mahatma Ghandi,
indischer Staatsmann,
1869 - 1948*



PM: LSI Neuwahlen bestätigen bisherigen Vorstand

Heidelberg 20. Mai 2017

Auf der Mitgliederversammlung der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg e.V. in Heidelberg wurde die bisherige Richtung der liberalen Organisation bestätigt.

Mit jeweils großen Mehrheiten wurde der erste Vorsitzende Dr. Wolfgang Allehoff (Stuttgart) und seine Stellvertreter Dr. Gerhard Bozler (Biberach/R.), Hanspeter Gramespacher (Ludwigsburg) und Prof. Karl-Ernst Noreikat (Esslingen) wieder gewählt. Als neuer Schatzmeister nach dem Unfalltod Heinrich Ritterhoffs (Besigheim) wurde Karl-Heinz Weinert (Hirschberg) einstimmig gewählt, Heide Skudelny (Leinfelden-Echterdingen) wurde als Schriftführerin bestätigt.

gen) wurde als Schriftführerin bestätigt.

„Wir werden die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre weiter fortführen: Das heißt, die Arbeitsgruppenstruktur von Kompetenzbereichen unter der Federführung eines Vorstandsmitglieds hat sich bewährt. Wir werden uns auch weiterhin themenmäßig breiter aufstellen und keine Einengung auf das betreiben, was landläufig „Seniorenpolitik“ genannt wird. Und das Dritte und Wichtigste von allem: Wir werden uns auch weiterhin aktiv in die Tagespolitik entsprechend unseres liberalen Selbstverständnisses einmischen“, so Allehoff in seiner Dankesrede.

Sebastian Romainczyk,
FDP Kreisvorsitzender Hei-

delberg betonte in seinem Grußwort, wie wichtig vor allem die älteren Wähler für die Freien Demokraten sind. Und **Claudia Felden**, FDP-Bürgermeisterin der Stadt Leimen, erklärte in ihrem Statement, was die nordbadischen Kommunen in Bezug auf Seniorenpolitik bereits erreicht haben und was noch zu tun ist.

Dr. Hans-Ulrich Rülke, Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Stuttgarter Landtag, stellte in gewohnt souveräner Weise die grün-schwarz dominierte Situation im Landesparlament vor. Gerade die baden-württembergische Fraktion der Liberalen hat durch professionelle Oppositionsarbeit dafür gesorgt, dass die Partei wieder an Akzeptanz gewonnen hat.

Allehoff sicherte der Fraktion die nachhaltige Unterstützung der Liberalen Senioren zu.

Als Beisitzer gehören dem erweiterten Vorstand an: Dr. Horst Dilger (Karlsruhe), Günther Hammer (Stuttgart), Nora Jordan-Weinberg (Ludwigsburg), Richard Kampmann (Hirschberg), Klaus Kastner (Mittelbiberach), Helga Krautt (Ditzingen), Klaus Speiser (Ludwigsburg).



(v.l.) Karl-Heinz Weinert [LSI-Regionalleiter Rhein-Neckar Nordbaden], Dr. Wolfgang Allehoff [LSI-Landesvorsitzender], Claudia Felden [Bürgermeisterin der Stadt Leimen], Dr. Hans-Ulrich Rülke [Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Landtag Stuttgart], Sebastian Romainczyk [FDP-Kreisvorsitzender Heidelberg]

Weichen stellen für eine seniorengerechte Stadt

Von **Claudia Felden**,
Baubürgermeisterin der
Stadt Leimen
[Kurzform des Grußwortes
am 20. 5.2017]

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich die städtebauliche Sicht auf das Leben im Alter komplett verändert.

Stand früher die Betreuung der Menschen im Vordergrund, wird heute ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden angestrebt, verbunden mit einer möglichst großen Teilhabe am öffentlichen Leben.

Baute man vor sechzig Jahren Altenheime an idyllische Ortsrandlagen, holt man heute die Seniorenheime mitten in die Ortskerne.

So wurde z.B. in **Nussloch** in den 1950ern das Kreispflegeheim über dem Ort am Wandrand als „Haus Rheinblick“ mit traumhafter Aussicht auf die Rheinebene erstellt.

Mittlerweile ist an dieser Stelle eine hochwertige Wohnsiedlung entstanden, das Seniorenzentrum ist in die Hauptstraße in das Zentrum gezogen.

In **St. Ilgen** entstand vor ein paar Jahren im Rahmen der Ortskernsanierung ein Mehrgenerationenhaus – ein Seniorenheim mit Kinderkrippe. Dieses Konzept wurde gleich sehr gut angenommen. Daher wurden recht bald direkt daneben seniorengerechte Wohnungen gebaut. Hierfür musste das Gasthaus „Adler“ abgerissen werden, ein Leerstand, über den sich vie-



le Jahre die Gemüter erhitzt hatten. Aber die befürchtete Entrüstung über die „neue Mitte“ St. Ilgens blieb aus. Stattdessen bezogen viele Alteingesessene die neuen Wohnungen.

Auch im Bereich der Mobilität ist ein Wandel

spürbar. Nach wie vor ist das Auto ein sehr wichtiges Verkehrsmittel, und das wird es sicher auch bleiben. Aber mit E-Bikes und Pedelecs steigen immer mehr Seniorinnen und Senioren vor allem im Freizeitbereich auf das Fahrrad um.

Attraktive touristische Routen erfreuen sich großer Beliebtheit. Insbesondere wenn wie hier **in der Kurpfalz** z.B. bei Leimbachroute, Ringroute oder Kurpfalzachse zahlreiche S-Bahnhalte ermöglichen, sich die Strecke in angenehme Etappen aufzuteilen.

Überhaupt gewinnt die richtige Vernetzung der Verkehrsträger immer mehr an Bedeutung.

Für die Nutzung des ÖPNV gerade von Älteren gilt es, die Haltestellen möglichst barrierefrei umzubauen. **Fahrkartenautomaten müssen**

leicht bedienbar, Informationen leicht verständlich sein.

Leider sind die Erfahrungen mit der Deutschen Bahn in diesem Bereich nicht gerade positiv.

Am Bahnhof St. Ilgen ist es bis heute nicht gelun-

gen, die Bahn zu überzeugen, den dortigen Automaten so zu platzieren, dass bei Sonneneinfall am Nachmittag das Display noch akzeptabel zu lesen ist.

Der Anschluss unserer Gebäude an ein leistungsfähiges Glasfasernetz wird auch im Alter immer mehr an Bedeutung gewinnen. Besonders in den Bereichen der Seniorennotrufsysteme und der Telemedizin besitzt die Digitalisierung ein großes Potenzial, um ein sicheres Verbleiben in der gewohnten Umgebung möglichst lange zu ermöglichen.

Handlungsbedarf besteht im Ausbau der Tagespflegeangebote.

Wurde in den letzten Jahren der Schwerpunkt **in Bezug auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf** in den Bereich der

- **Kinderbetreuung** gelegt, werden diese Familien in Zukunft bei der
- **Betreuung ihrer Eltern** ebenfalls Unterstützung erwarten.

Tagespflegeeinrichtungen können den berufstätigen Angehörigen die notwendige Hilfe dazu geben.

Auf dem Weg zur seniorengerechten Stadt der Zukunft wurde bereits viel erreicht, manches muss noch umgesetzt werden.

Es handelt sich um einen fließenden Prozess, bei dem es stets gilt, den Wandel zu beobachten und entsprechend zu reagieren.

[CF]

Seniorenpolitik: 7 Unkonventionelle Gedanken

1. Wer beim demografischen Wandel heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen.
2. Wann beginnen wir mit der Vorbereitung auf das Alter?
3. Ist Bildungspolitik auch Seniorenpolitik?
4. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht selbstverständlich.
5. Leistung darf sich für Ältere lohnen.
6. Auch Ältere können „Fachkräfte“ sein.
7. Liberalität und gelingendes Altern gehören zusammen.

Wie oft haben wir an die Entscheidungsträger der FDP, auch an die Delegierten von Parteitagen appelliert, sich mehr im die Senioren zu kümmern; auch mit dem beschwörend vorgetragenen Hinweis, dass mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten 60 Jahre oder älter ist.

Aber wir wissen nicht so recht, ob die gut gemeinten Ermahnungen wirklich gefruchtet haben.

Das kann auch daran liegen, dass wir immer im gleichen Jargon an die Leut' nageschwätzt haben.

Also wollen wir uns bessern und es mit sieben goldenen Merkposten versuchen.

1. Da wir mit dem demografischen Wandel sowieso nicht fertig werden und sich viele gar nicht betroffen fühlen, lassen wir es gleich bleiben und konzentrieren uns auf die Auseinandersetzung mit Erdogan und Trump.
2. Da wir davon ausgehen können, dass die Jungen mindestens so alt werden wie wir, könnten wir vielleicht doch darauf hinweisen, dass

die Vorbereitung auf das Alter sehr früh anfängt. Ausreichende Vorsorge, gute Rente und so. Übrigens: heutige Errungenschaften sind ein g'mäht's Wiesle für die Jüngeren.

3. Nach Hörensagen ist die mittlere Generation zunehmend vom Fieber des burnout bedroht. Da ist es gut, wenn wenigstens die Großeltern sich um die Bildung der Enkel kümmern. Bildungspolitik ist auch Seniorenpolitik!
4. Auch wenn uns die ewigen Ermahnungen zum bürgerschaftlichen Engagement, möglichst kostengünstig, zum Halse heraushängen, könnten wir uns doch mal umschauen und feststellen, wie viele liberale Menschen hier ganz intensiv und unspektakulär tätig sind.
5. Manchmal wird kolportiert, dass viele Ältere außer happy life nichts im Sinne hätten und die höhere Lebenserwartung

nur egoistisch nutzen. Aber es stimmt nicht, Ausnahmen mag es geben. Im Übrigen, wer im Leben etwas geleistet hat, kann sich später auch ein bisschen etwas leisten.

6. Wir freuen uns darüber, dass die Älteren in den Betrieben wieder mehr gebraucht werden. Wir wissen das schon länger - Fachkräftemangel hin oder her. Der FDP haben wir schon vor zehn Jahren nahegelegt, dieses Thema klug aufzugreifen.
7. Zur FDP möchten wir sagen: Wir wollen keine großen Ämter mehr, aber wir wollen durchaus mehr Ämter für die FDP. Wir sind immer noch der Meinung, dass Liberalität und gelingendes Altern zusammen gehören.

[KS]

Sozial- und Gesundheitspolitik Stadt-Land-Gefälle

Von **Jürgen Keck**
7. Juni 2017 Stuttgart

Liebe Liberale Senioren, es war mir Freude und Ehre zugleich, mich am 7. Juni 2017 im Rahmen Ihres Jour-Fix-Treffens vorzustellen und meine politischen Ziele, Aktivitäten sowie Visionen präsentieren zu dürfen. Ich schätze diesen intensiven Austausch zur Sozial- und Gesundheitspolitik sehr.

Als sozialpolitischer Sprecher beschäftige ich mich neben der Jugend- und Bildungspolitik sowie der Integrationspolitik auch mit den Themenbereichen Sozialversicherung, Gesundheitswesen und Pflege.

Um einen Eindruck zur Situation der Pflege zu bekommen, absolvierte ich gleich zu Beginn meiner Amtszeit ein Pflegepraktikum in einer Altenhilfeeinrichtung im Landkreis Konstanz.

Es ist mir grundsätzlich wichtig, MIT Betroffenen anstatt ÜBER Betroffene zu reden.

Die praktische Erfahrung zeigte mir hautnah, wie viel Verantwortung, Zeitdruck, Dokumentationsanforderungen auf jeder einzelnen Fachkraft lasten und wie sie doch zugleich immer ein offenes Ohr für die

pflegebedürftigen Bewohner und deren Angehörigen haben.

Neben der Tages- und Vollzeitpflege in unseren Pflegeeinrichtungen darf nicht vergessen werden, dass über 73 % - und somit der größte Teil der Pflegebedürftigen -, zu Hause gepflegt werden. Davon wiederum werden mehr als 66 % von ihren Kindern und Angehörigen gepflegt. Wie hier noch mehr Entlastung



und Unterstützung zur Verfügung gestellt werden kann, muss erneut diskutiert werden. Ebenso, wie auch Unternehmen nach dem Ausbau von betrieblichen Kindertageseinrichtungen nun dem Bedarf entsprechend, (Tages-) Pflegeeinrichtungen bereits aufbauen und angliedern, um die Berufstätigen zu entlasten, die zunehmend unter der **Dreifachbelastung zwischen Beruf, Kindererziehung und Pflege von Angehörigen**

leiden.

Dies ist auch ein Bereich, der konsequent die Erkenntnis vorantreiben muss, dass die **Gesundheitsversorgung einer Region zunehmend zum entscheidenden Standortfaktor wird.**

Neben einer guten Infrastruktur für die zu pflegenden Eltern und Großeltern ist die Gestaltung der Gesundheitsversorgung, insbesondere im

ländlichen Raum, die Herausforderungen der Zukunft.

- Was können Land und Kommunen zur Ansiedlung von Landärzten beitragen?
- Welche Infrastruktur und welche Abrechnungsmodi gestalten eine Region so attraktiv, dass sich Ärzte im ländlichen Raum ansiedeln?

Hier müssen wir verstärkt auch die Bedarfe der Ärzte aufnehmen und mit den Regionen vor Ort Strategien entwickeln, wie die Vorteile des ländlichen Raums, derer sich die Repräsentanten im ländlichen Raum viel selbstbewusster sein dürfen, sichtbar und nutzbar gemacht werden können.

Heiße Debatten werden geführt und es wird engagiert gerungen, wenn

es um die Schwerpunktbildung von Kliniken geht. Ich konnte das unmittelbar im Krankenhaus **Radolfzell** erleben, wo die Schließung der Geburtsstation diskutiert wurde. Ebenso ist ein Ringen um die Krankenhausfinanzierung im Allgemeinen im ganzen Land aktuell.

Auch hier darf kein weiteres Stadt-Land-Gefälle auf Kosten der ländlichen Regionen eintreten.

Die Frage ist, welche Versorgungsformen sind notwendig, dass sich die Bürger in der Region weiterhin gut versorgt fühlen, auch wenn die Spezialisierungen der Medizin nicht in jedem Krankenhaus vorgehalten werden können und wir zukünftig ausdifferenzierte Schwerpunktbildungen in den Kliniken etablieren werden müssen.

- Kann eine kleine Krankenstation vor Ort die Erstversorgung übernehmen?
- Welche Kompetenzen können Gesundheits- und Pflegekräfte in ambulanten Diensten übernehmen?

Fragen, bei denen wir von anderen Ländern lernen können und zugleich unsere Versorgung mit den schwindenden Ressourcen (demografische Entwicklung und finanzielle Ressourcen) sicherstellen müssen.

Ein großes Ziel zur Stärkung der Gesundheitsversorgung besteht darin, die Chancen der **Telemedizin** nutzbar zu machen.

Weiter Seite 6

Telemedizin wird in Zukunft eine zentrale Rolle im gesundheitlichen Versorgungssystem spielen müssen.

Die flächendeckenden Anwendungen der Telematik und Telemedizin ermöglichen erst eine **bessere und effiziente Versorgung von Patienten in ländlichen Regionen.**

Ist das Solidarsystem bald am Ende und muss der Staat die Renten unmittelbar finanzieren – vielleicht durch eine Einheitsrente wie in Großbritannien?

Sozial- und Gesundheitspolitik Stadt-Land-Gefälle

Hierbei ist es wichtig zu vermitteln, dass die Nutzung der Telemedizin und der Ausbau der Digitalisierung helfen können, die zukünftig knappen persönlichen Ressourcen für die Beziehungsarbeit einzusetzen und die unterstützenden Schritte in Pflege- und Behandlungsprozessen zu digitalisieren.

Telemedizin wird in Zukunft eine zentrale Rolle im gesundheitlichen Versorgungssystem spielen müssen, denn: Die flächendeckenden Anwen-

dungen der Telematik und Telemedizin ermöglichen erst eine bessere und effiziente Versorgung von Patienten, beispielsweise in ländlichen Regionen, **in denen bereits jetzt ein Ärzte- und Pflegemangel zu verzeichnen ist.**

Telemedizin schafft neue Perspektiven, wir müssen uns dafür einsetzen, diese sinnvoll einzusetzen und für uns alle nutzbar zu machen.

Um Gesundheit wieder

herzustellen und Arbeitskraft zu erhalten, gilt in Deutschland seit Jahren der Grundsatz: Reha vor Rente.

ABER: Die Reha-Kliniken in Deutschland sind permanent unterfinanziert. Hier muss in naher Zukunft der Reha-Deckel aufgehoben werden, damit wir dem Grundsatz Reha vor Rente auch gerecht werden können um die Gesundheit der Bürger sichern und deren Arbeitskraft langfristig zu erhalten. [JK]

Altersvorsorge und Generationenvertrag

In Karlsruhe fand am 22. Mai eine von Dr. Dilger, LSI-Regionalbeauftragten Mittelbaden, initiierte und gut besuchte Veranstaltung der Reinhold-Maier-Stiftung statt mit dem Titel

„Altersvorsorge und Generationenvertrag: leistungsfähig und enkelfit?“

In einem Grußwort führte Dilger aus, dass Ende 2015 nur gut 3 % der Bevölkerung ab 65 Grundsicherungsleistungen beziehen, d.h. etwa ½ Million Personen; es geht den Rentnern zur Zeit relativ gut.

Nach der demografischen Entwicklung unserer Bevölkerung werden aber im Jahr 2035

nur noch 1,9 Erwerbstätige eine Person ab 65 zu tragen haben. Deshalb stellte er an die Diskussionsrunde zwei Fragen:

- Müssen wir Älteren ein schlechtes Gewissen haben, weil es uns zur Zeit gut geht und wir uns von unseren Kindern und Enkeln unterhalten lassen?
- Ist das Solidarsystem bald am Ende und muss der Staat die Renten unmittelbar finanzieren – vielleicht durch eine Einheitsrente wie in Großbritannien?

Im Vortrag von Disselbeck, der Diskussion mit Haußmann und mit Zuhörern unter der Moderation von Mor-

lok wurden folgende liberale Lösungsansätze herausgestellt:

- flexibles Renteneintrittsalter nach dem 60. Lebensjahr mit versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen und Aufhebung der Grenzen für den Hinzuverdienst
- der Nachhaltigkeitsfaktor (Begrenzung des Rentenniveaus aufgrund der demografischen Entwicklung) darf nicht aus wahltaktischen Gründen auf 50 % eingefroren werden
- die RV muss effizienter arbeiten,
 - Doppelstrukturen sind abbauen,
 - keine Zersplitterung der Zuständigkeiten in Bund und Ländern

Altersvorsorge und Generationenvertrag

- versicherungsfremde Leistungen wie z.B. Mütterrente oder Hinterbliebenenversorgung müssen durch Steuern finanziert werden
 - eine moderne Altersvorsorge muss als flexibler Baukasten organisiert sein, in dem Elemente von gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge kombinierbar sind; es sollte für jedermann ein transparentes Vorsorgekonto geführt werden
 - private Vorsorge muss sich immer lohnen, sie darf nur teilweise auf die Grundsicherung angerechnet werden
 - Menschen mit Anspruch auf ergänzende Leistungen der steuerfinanzierten Grundsicherung sollten nicht mehr vom Sozialamt abhängig sein, sondern die Auszahlung sollte mit der RV erfolgen
 - die betriebliche Altersvorsorge ist zu intensivieren und zu erleichtern, es müssen flexible Anlageformen ermöglicht werden.
- Anm.: Anfang Juni wurde ein Gesetz beschlossen, dass unseren Vorstellungen entgegenkommt. Wichtig scheint mir, dass hier Vereinbarungen in Tarifverträgen ausgehandelt werden sollen und die Sozialbeiträge pauschal mit 15 % für den Arbeitgeber steuerfrei an die Beschäftigten oder an Versorgungseinrichtungen*
- als unverfallbare Anwartschaft weitergegeben müssen.*
- Zum Schluss der Diskussion wurde die große Bedeutung der Bildung als dem wichtigsten Faktor für die Zukunft betont; dieses Vermögen können wir unseren Kindern und Enkeln auf den Lebensweg geben.
- Allen Beteiligten war klar, dass **eine grundlegende Änderung des gültigen Rentensystem in Deutschland nur über einen Konsens über Jahrzehnte hinweg erfolgen kann** und nicht in einzelnen Wahlperioden.
- Deshalb erscheint eine grundlegende Änderung sehr unwahrscheinlich. [HD]

Der **Generationenvertrag** bezeichnet einen fiktiven „Solidar-Vertrag“ zwischen jeweils zwei gesellschaftlichen Generationen“ (Wilfrid Schreiber) als theoretisch-institutionelle Grundlage einer im Umlageverfahren finanzierten dynamischen Rente.

Ziel ist die Einführung von Zurechnungsregeln für die Verteilung des Arbeitseinkommens Erwerbstätiger mit der Absicht, die individuellen Konsummöglichkeiten angemessen auf die drei Lebensphasen Kindheit und Jugend, Erwerbsphase und Alter aufzuteilen.

Der Begriff Generationenvertrag ist nicht juristisch, sondern bildlich zu verstehen, da zwischen den Generationen kein juristisch einklagbarer Vertrag geschlossen werden kann.

Wikipedia



(v.r.n.l.) Jochen Haußmann MdL, Dr. Fabian Disselbeck, Referent der FNS, Prof. Dr. Jürgen Morlok, Kuratoriumsvorsitzender der FNS, Dr. Christian Jung, Liberales Forum Mittelbaden.

Risiko- gruppen bei der Rente

- Geringverdiener,
- alleinstehende und / oder alleinerziehende Frauen,
- Langzeitarbeitslose und
- Menschen mit geringer oder nicht abgeschlossener Schul- und Berufsausbildung.

Nun hat die SPD ihr Wahlprogramm vorgestellt. Die CDU wird es bis zum Erscheinen dieser Ausgabe ebenfalls getan haben. Während die SPD für die Rentenentwicklung größte Probleme sieht und sich darin auch von der Bertelsmannstiftung in ihrem jüngsten Gutachten bestätigt fühlt, sieht Angela Merkel keinen kurzfristigen Handlungsbedarf und meint, dass die Rente bis 2030 stabil und finanziell gut aufgestellt ist.

Das ist sicher für die heutigen Rentner und diejenigen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen, richtig. Auch denjenigen, die in ihrem Arbeitsleben durchgängig einen gut bezahlten Job hatten, wird nicht allzu viel Ungemach drohen.

Aber was ist mit den Bürgern, die überwiegend einen schlecht bezahlten Job hatten, Phasen von Arbeitslosigkeit kannten oder längere Zeit mit be-

fristeten Arbeitsverträgen leben mussten? Sie konnten und können in den meisten Fällen keine private Vorsorge treffen, da sie schon mit ihrem laufenden Einkommen kaum zurechtkamen.

Wenn man die Entstehung eines Problems befürchtet, wäre man gut beraten, möglichst frühzeitig nach Lösungen zu suchen. Je länger man damit wartet, desto schwieriger und schmerzhafter wird es.

Die Fakten liegen auf dem Tisch: Die demografische Entwicklung ist absehbar, die Zahl der sogenannten prekären Arbeitsverhältnisse wird wohl kaum geringer werden. Deshalb sind die Risikogruppen leicht auszumachen:

- Geringverdiener,
- alleinstehende und / oder alleinerziehende Frauen,

fünfte Neurentner von Altersarmut bedroht sein wird, da ein Arbeitsleben ohne Brüche und mit durchgängig auskömmlichen Lohn immer weniger Normalität sein wird.

Umso besorgniserregender ist deshalb, dass die derzeitige große Koalition den künftigen Handlungsspielraum durch die letzten Beschlüsse zur Rente mit 63 und Mütterrente beschnitten hat.

Die neue Regierung wäre deshalb gut beraten, wenn sie diese Probleme möglichst bald nach ihrer Konstituierung angehen würde.

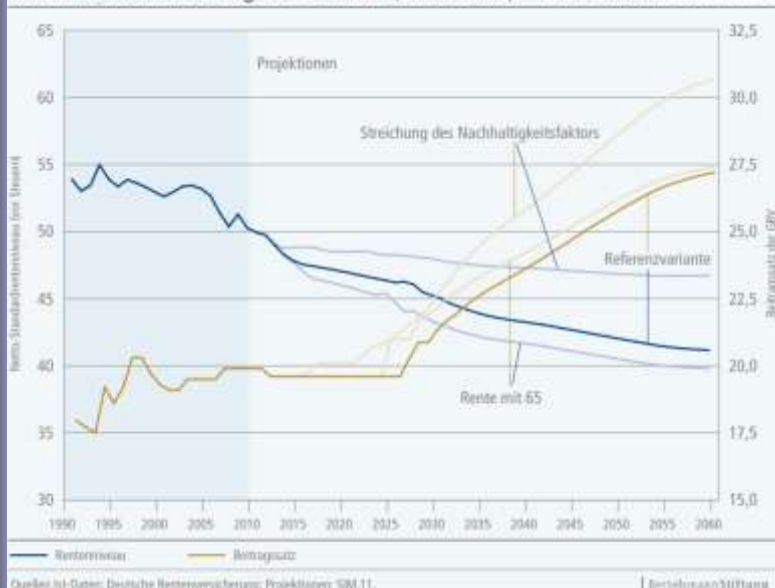
Sollte die FDP Partner in dieser Regierung sein, dann muss ihre Aufgabe darin bestehen, dies klar und unmissverständlich in der Koalitionsvereinbarung zu fixieren.

In den Koalitionsverhandlungen müssen alle denkbaren Möglichkeiten zur Diskussion gestellt werden,

- von der Erweiterung der Beitragspflicht für Selbständige über
- die Freistellung der gesetzlichen Rentenversicherung von versicherungsfremden Leistungen bis hin
- zur Erhöhung des Renteneintrittsalters und der Flexibilisierung des Renteneintritts.

Das wird bei allen Parteien ein gewisses Umdenken und den Abschied von zum Teil althergebrachten Doktrinen bedeuten. [HPG]

Rentenniveau und Beitragssatz der GRV (1990–2060) – Effekte des Rentenrechts



Pflege in die Mitte der Gesellschaft einbeziehen: Tag der Pflege

Stuttgart,
12. Mai 2017

Anlässlich des „Internationalen Tags der Pflege“ am 12. Mai rief der sozialpolitische Sprecher der FDP Fraktion dazu auf, die Pflege stärker in die Mitte der Gesellschaft einzubeziehen.

So sei es nach seinen Aussagen bedauerlich, dass sich der Staat um die rechtliche Grauzone der Betreuung in der eigenen Häuslichkeit herumdrücke.

„Millionen von älteren Menschen nehmen heute Unterstützung und Betreuung zu Hause oftmals durch Arbeitskräfte aus dem Ausland in Anspruch. Der Staat reagiert bisher mit Wegsehen,

was arbeitsrechtlich faire und sichere Bedingungen angeht. Die FDP hat einen Vorschlag gemacht, wie eine 24-h-Betreuung gefördert und abgesichert werden kann. Das darf nicht länger aufgeschoben werden“, so Keck.

Der Abgeordnete rief dazu auf, die Türen für Ausbildungen im Pflegebereich weit offen zu halten.

„Wir sollten uns über jeden Menschen freuen, der seine berufliche Perspektive in der Verantwortung eines Pflegedienstes sieht“, so Keck.

Momentan sei allerdings die politische Tendenz zu beobachten, durch Akademisierung und Allgemein-

ausbildung vor allem jungen Menschen den Einstieg zu erschweren, kritisierte Keck. **„Pflege als Dienst am Menschen braucht alle Menschen“,** stellte der Abgeordnete fest.

Hochwertige Pflege ginge aber nicht nur die Pflegekräfte an, sondern liege nach Ansicht Kecks auch in der Verantwortung jedes einzelnen. „Zur gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zählt auch die Aufgabe jedes einzelnen, die Möglichkeit der Pflegebedürftigkeit immer im Auge zu haben. Private Vorsorge ist angesichts der Altersentwicklung unserer Gesellschaft weiter unabdingbar“, so Keck.

„Millionen von älteren Menschen nehmen heute Unterstützung und Betreuung zu Hause oftmals durch Arbeitskräfte aus dem Ausland in Anspruch. Der Staat reagiert bisher mit Wegsehen, was arbeitsrechtlich faire und sichere Bedingungen angeht.“

Jürgen Keck

Wahlaufruf der Liberalen Senioren

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein waren für uns Liberale sehr erfolgreich. Dies bestätigt, dass die Freien Demokraten wieder Wahlen gewinnen können.

Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 24. September ist allerdings eine andere, die wir alle nicht übersehen dürfen.

- Basis für eine freie Gesellschaft sowie für Recht und Ordnung ist, dass die Freien Demokraten wieder in den Bundestag ge-

wählt werden.

- Es geht allerdings am 24. September eher um bundespolitische Themen wie Innere Sicherheit, die besonders für uns Senioren von Belang sind. Wir wollen doch auf unseren Straßen ohne Angst gehen können und keine Angst vor Wohnungseinbrüchen haben müssen.
- Uns liberalen Senioren kommt daher eine große Verantwortung zu, da wir als Wählergruppe die aktivsten

Wähler sind.

Wir haben deshalb eine Mitverantwortung, dafür zu sorgen, dass möglichst viele unserer Altersgruppe an der Wahl teilnehmen.

Eine hohe Wahlbeteiligung setzt jedoch voraus, dass – unter Umständen – die Bürger in dieser Generation auf Hilfe bauen können.

Sei es für den Gang zum Wahllokal oder bei der Briefwahl.

Deshalb unsere Bitte an Sie alle: Bieten Sie – wenn nötig – in den folgenden Wochen Ihrem Umfeld solche Hilfe an. Das kostet nur etwas Zeit für Gespräche und die Bereitschaft, auf andere zuzugehen. Die Betroffenen werden es Ihnen danken.

Hedwig Maria Kron

Frau Kron feierte 2016 ihren 90. Geburtstag. Wir sind stolz darauf, dass sie aktiv bei der LSI Stuttgart mitarbeitet. [WHA]

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben-Ulm



Hochinteressant war der Besuch einer Abordnung der LSI beim Hubschraubergeschwader 64 der Bundeswehr in Laupheim am 18. Mai 2017

Das HSG 64 ist mit seinem Stab und 2 Gruppen im baden-württembergischen Laupheim stationiert. Hauptaufgabe ist der teilstreitkraftübergreifende Lufttransport im nationalen und multinationalen Bereich mit dem Waffensystem Sikorsky CH-53.

Das Hubschraubergeschwader 64 ist weiterhin für die Planung, Steuerung, Durchführung und Überwachung von Rettung von Personal, Unterstützung von Spezialkräften, für medi-

zinische und militärische Evakuierungsoperationen zuständig.

Das Einsatzspektrum ist vielfältig: taktisch, operativ und strategisch. Auf Weisung der zuständigen Dienststelle werden Patiententransporte im Rahmen der Anschlussversorgung durchgeführt. Einsätze waren unter anderen die Brandbekämpfungen in Grafenwöhr, Thumsee, Larissa, Attika, in den Abruzzen und auf dem Peloponnes. Weitere Hilfsflüge wurden bei Erdbeben wie bei Udine und in Pa-

kistan, dem Lawinenunglück bei Galtür sowie bei den Hochwassern an der Elbe, Oder und Donau geflogen. Nicht zu vergessen ist die humanitäre Hilfe in Pakistan, im Kurdengebiet und die Einsätze im Irak, auf dem Balkan, in Afghanistan, IFOR, KFOR, ISAF und im Kongo. Hervorzuheben ist die kompetente und fachlich beeindruckende Führung durch Herrn Ralf Hochrein, Oberstabsfeldwebel. Was dazu führte, dass die Nachfrage so groß war, dass wir einen zweiten Besuch organisieren mussten. [KK/WHA] Siehe auch LSI-Galerie 2017

Reinhold-Maier-Medaille für die Neue Zürcher Zeitung

Die Reinhold-Maier-Stiftung ehrte am 12. Dezember 2016 die Redaktion der NZZ für ihr konsequentes Eintreten für liberale Grundwerte wie die Autonomie des Einzelnen, die freiheitlichen Bürgerrechte und den Meinungspluralismus.



Die Neue Zürcher Zeitung erscheint seit 1780 und ist damit eine der ältesten Tageszeitungen weltweit. Sie wird zu den Leitmedien im deutschsprachigen Raum gezählt und vertritt gemäß ihren Statuten eine freisinnig-demokratische Grundhaltung.



Eric Gujer ist seit 2015 Chefredaktor der NZZ, der u.a. von 1998 bis 2008 Deutschland-Korrespondent der NZZ war. Er nahm die Reinhold-Maier-Medaille im Namen der Gesamtedaktion der NZZ entgegen.

In seiner Dankesrede ging Gujer auf die Erfolgskriterien der Schweizer FDP ein und nannte vor allem

sechs, die er dezidiert auch der deutschen FDP als Leitlinie für den Umgang mit populistischen Parteien anbot.

In einem Eingangsstatement erklärte er,

was Populismus sei, käme auf die Sichtweise an. Die Schweizer würden sich mit Populismus durch die Volksabstimmungen

der direkten Demokratie seit Jahren gut auskennen und könnten das Phänomen auch sehr gut handhaben.

Für die nüchterne Einschätzung seien diese sechs Punkte wichtig:

1. Ursache nicht mit Wirkung verwechseln. Populismus ist ein Indikator - nicht das Problem an sich.
2. Keinen ANTI-

Wahlkampf machen – damit ist man automatisch und sofort in der Defensive.

3. Eigene Themen setzen - Die freisinnige Partei ist die Partei von Augenmaß und Vernunft. Nicht nur mit Emotionen die Leute belästigen, – nicht nur mit Argumenten arbeiten – beides mit richtigem Timing hat die höchste Überzeugungskraft.

4. Selbstbewusst auftreten – und vor allem nicht eine Schlacht verloren geben, bevor man sie verloren hat.

5. Fußballweisheiten gelten auch in der Politik: „den eigenen Kasten sauber halten“.

Das heißt: Wie schützen wir die Identität der Leute, die schon länger hier leben und die uns in der Vergangenheit gewählt haben, und was verstehen diese unter ihrer nationalen Identität.

6. Nicht in die Falle der Verachtung tappen und die Wähler auf soziologische Merkmale reduzieren wie zum Beispiel – „die Abgehängten“ – „die Gestrigen“. Jeden Wähler ernst nehmen.

Die Schweizerische FDP sei keine Triple-A Partei - Anwälte, Apotheker, Ärzte – sondern die AV-Partei, die Partei von Augenmaß und Vernunft.

Das gesamte Video der Reden finden Sie auf der Homepage der Reinhold-Maier-Stiftung hier: <http://reinhold-maier-stiftung.de/> [WHA]

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themenstellungen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte**, die nicht erst im Alter beginnen
- Fokus auf **Lernkonzepte**, die lebenslang gelten
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam;

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:

Hedwig Maria Kron (HMK)
Dr. Horst Dölger (HD)
Hanspeter Gramespacher (HPG)
Prof. Karl Ernst Noreikat (KEN)

Gastbeiträge

Claudia Felden (CF)
Jürgen Keck, MdL (JK)
Markus Flandi (MF)

Nächste LSI Aktuell-Themen

1. **Mobilität**
2. **Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht**

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, solange Sie – unsere Leser – aktiv an der Gestaltung mitarbeiten. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse

info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

- Theater unter den Kuppeln „Pirate Queen“ 22.7.2017 Leinfelden-Stetten
- Bundestagswahl am 24. September 2017
- Besuch des Instituts für Umwelt-Physik der Uni Heidelberg Heidelberg 7. 10. 2017
- Bundesdelegiertenversammlung der liberalen Senioren in Kassel 21. 10. 2017
- [Informieren Sie sich auch auf unserer Homepage.](#)

Liberales Senioren Initiative
Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhalt

Liberaler Landes-Seniorentag 2017 (MF/KEN)	Seite 1
Neuwahlen bei der LSI (WHA)	Seite 2
Weichen stellen für eine seniorengerechte Stadt (CF)	Seite 3
Seniorenpolitik: Unkonventionelle Gedanken (KS)	Seite 4
Sozial- und Gesundheitspolitik (JK)	Seite 5/6
Altersvorsorge und Generationenvertrag (HD)	Seite 6/7
Ist die Rente wirklich sicher? (HPG)	Seite 8
Tag der Pflege (JK)	Seite 9
Wahlauftrag der Liberalen Senioren (HMK)	Seite 9
Besuch beim Hubschraubergeschwader 64 (KK/WHA)	Seite 10
Reinhold-Maier-Medaille für die NZZ (WHA)	Seite 11
Redaktionelle Informationen	Seite 12

www.liberale-senioren-bw.de